

Tageblatt

Samstag/Sonntag,
4./5. November 2023

LÉTZEBUERG

Nr. 256
Jahrgang 110

3,50 €
www.tageblatt.lu



Erfolg trotz Krisen

Zu Besuch im neuen Restaurant
„Schmelz“ auf Belval / S. 19

BGL Ligue: Risikospiegel für Hesperingen

S. 27, 28

Heute aktuell

Angst vor der Zukunft

Der Wandel der Arbeitswelt kann zu Existenzängsten führen. Bei der digitalen Transition spielt der Staat eine große Rolle, und das in vielerlei Hinsicht, schreibt Chris Schleimer im Leitartikel. **S. 2**

Verantwortung übernehmen

Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Menschenrechte sollen in der Wirtschaftspolitik eine zentrale Rolle einnehmen. Das forderten am Freitag mehrere Vertreter der Zivilgesellschaft. **S. 3**

Luxemburg ist kein Sparverein

Die von Frieden versprochenen Steuererleichterungen waren schnell begraben. Jetzt gilt das alte CSV-Spar-Credo. Doch das ist nicht die richtige Lösung, kritisiert Franz Fayot im Forum. **S. 15**

Kampfgeist als große Stärke

Die Musel Pikes sorgten am Wochenende für eine Überraschung in der Basketball-Meisterschaft. Das Erfolgsgeheimnis sind Kampfgeist und Zusammenhalt, wie Quentin Bouttet verrät. **S. 31**

Dicke Fische

Mit einer kapitalen „Piisch“ von 48 cm stellte Sieger Timi Majcenovic einen neuen Rekord beim „Perchmaster 2023“ in Schwesingen auf. **S. 21**



Place au cinéma italien

2023 est sans aucun doute une bonne année pour le Festival du film italien de Villerupt, car la qualité des films qui font partie de la programmation est d'un très haut niveau. **p. 9**

www.tageblatt.lu

redaktion@tageblatt.lu
Tel.: (+352) 54 71 31-1
Abo-Hotline: 54 71 31-407
7, avenue du Rock 'n' Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette

Ein Riss geht durch Europa

FLÜCHTLINGSAUFNAHME In Migrationsfragen schwindet die europäische Solidarität. Gleichzeitig wird der politische Ton rauer – auch in Luxemburg. Eine Reportage bei den Menschen, die deshalb auf der Straße sitzen. / S. 4, 5

DUBLIN

Montage: Tageblatt/Grafik

Das Wetter

Heute	Morgen	Übermorgen
10°/8°	11°/7°	10°/6°



Hisbollah-Chef: Ausweitung des Kriegs ist „realistisch“

NAHOST Fast täglich Auseinandersetzungen an Grenze zu Libanon

BEIRUT Erstmals seit dem Beginn des Krieges zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas hat sich der Chef der libanesischen Hisbollah offiziell zu Wort gemeldet und eine Ausweitung des Konflikts als „realistisch“ bezeichnet. An der libanesischen Front seien „alle Optionen offen“, sagte Hassan Nasrallah gestern in einer Fernsehansprache. Sollte Israel

einen Angriff auf den Libanon oder einen Präventivschlag in Betracht ziehen, wäre das „die größte Dummheit seiner Existenz“, fügte er hinzu. Die Rede des Hisbollah-Chefs war mit Spannung erwartet worden. Seit dem Großangriff der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas auf Israel am 7. Oktober gibt es beinahe täglich militärische Auseinander-

setzungen an der israelisch-libanesischen Grenze. Es gibt allseits Befürchtungen, dass die Hisbollah eine neue Front zur Unterstützung der Hamas eröffnen und so den Libanon in den Krieg hineinziehen könnte.

MEHR ZUM THEMA S. 6



Montage: Grafik Tageblatt

In Fragen der Migrationspolitik bröckeln Zusammenhalt und Solidarität in Europa

Es weht ein kalter Wind in Europa

REPORTAGE Luxemburg erlebt eine kleine Flüchtlingskrise – inmitten einer Krise europäischer Solidarität

Julian Dörr

In Luxemburg sind die Unterkünfte für Flüchtlinge überfüllt, Minister Asselborn verhängt einen Aufnahmestopp, junge Männer landen auf der Straße. Eine lokale Krise? Oder Symptom eines noch viel größeren Problems? Eine Reportage über Menschen ohne Dach über dem Kopf – und über die Risse im Haus Europa.

Mohammed steht barfuß vor seinem Zelt unter dem Pont Adolphe. Es ist Donnerstagmittag. Ein kalter Wind pfeift zwischen den Brückenpfeilern hindurch, weht das feuchte Herbstlaub für die Füße der jungen Männer, die hier ihr Lager aufgeschlagen haben. „Als ich hier ankam, waren es mehr“, sagt Mohammed. „Aktuell sind wir sechs Personen.“ Sechs junge Männer, die in einem kleinen provisorischen Zeltlager leben, unter einem Bogen des Pont Adolphe. Neben einem orangefarbenen Bauschuttcontainer, der mehr schlecht als recht vor der Witterung schützt.

Mohammed ist einer von 27 allein reisenden Männern, Asylsuchenden, denen das nationale Aufnahmezentrum (ONA) – Stand 31. Oktober – kein Bett zuweisen konnte. Aufnahmestopp, die Kapazitäten sind erreicht. 7.703

Betten stehen dem ONA zur Verfügung. Alle voll.

In seinen letzten Wochen als Außenminister und Minister für Immigration und Asyl hat Jean Asselborn (LSAP) eine neue Regelung eingeführt: Seit dem 23. Oktober werden allein reisende Männer, die einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt haben, nicht mehr automatisch in die Erstaufnahmeeinrichtung aufgenommen. Das ONA sichtet alle Personen, schätzt ihre Schutzbedürftigkeit ein und erstellt eine Warteliste.

Viel Empörung über eine neue Regel

Mohammed ist Freitagabend vor einer Woche in Luxemburg angekommen. Am Montag, dem 30. Oktober, macht er sich auf den Weg zur „Direction de l’immigration“. Da gelten die neuen Regeln schon. Mohammed bekommt keinen Schlafplatz, nur eine Nummer. Er muss zurück auf die Straße, steht jetzt auf einer Warteliste. Wie lange er warten muss, kann man ihm nicht sagen. Jeden Abend um 19 Uhr kommt er beim Büro vorbei. Schaut, ob seine Nummer aushängt. Dann bekäme er eine Unterkunft. Eine Unterkunft, die ihm rechtmäßig zusteht.

Auch deshalb hat die neue Regelung in den vergangenen Tagen große Empörung hervorgerufen. Asselborn hat sich erklärt. Bei RTL. Es gehe nicht anders. Der Luxemburger Flüchtlingsrat hat kritisiert. Asselborn hat sich wieder erklärt. Man wolle die Verletzlichsten schützen, deshalb müsse man Prioritäten setzen. Am Donnerstagabend sagte der Minister dann gegenüber RTL, 15 der Flüchtlinge, die momentan auf der Straße leben, sollen ab Freitag in der Luxexpo unterkommen. Dort

sind nur sogenannte „Dubliner“ untergebracht, Flüchtlinge, die unter die Dublin-Regeln fallen. Zu ihnen zählt auch Mohammed.

Mohammed stammt aus Conakry, der Hauptstadt von Guinea, an der Westküste Afrikas. Im September 2021 putschte dort eine Militärjunta gegen den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Guineas, Alpha Condé. Das Militär setzte Condé fest und bildete eine Übergangsregierung. Obwohl man freie Wahlen und die Rückkehr zu einer Zivilregierung versprochen, befindet sich das Land seither unter Kontrolle des Militärs.

Vor einigen Monaten ist Mohammed aus Conakry, seiner Heimat, aufgebrochen. Sein Weg führt ihn über Mali durch die Sahara nach Libyen, dann nach Tunesien. Von dort aus setzt er übers Mittelmeer nach Europa über. Landet schließlich in Italien. Was genau auf dem Weg passiert ist, erzählt Mohammed nicht. Nur, dass man ihn in Italien zwingt, seine Fingerabdrücke abzugeben. Die illegale Einreise nach Europa wird festgestellt. Einen Monat verbringt er dort. Dann geht es weiter, über die Schweiz und Frankreich nach Luxemburg.

Das Dublin-System vor dem Scheitern?

Vom Pont Adolphe, dem vorläufigen Endpunkt von Mohammeds Flucht, sind es nur wenige Minuten bis zu den Büros von Passerell. Die Hilfsorganisation sitzt in einem schmalen Haus mit Blick auf die Gleise. Neben den Médecins du Monde, der Caritas und der ASTI sind sie Teil des Luxemburger Flüchtlingsrats. Die Räume von Passerell sind gemütlich, es gibt Couches und Sessel. In der Mitte des Raumes

liegen zwei Zelte, daneben ein Karton mit Decken und Winterkleidung. „Wir bekommen gerade sehr großzügige Spenden aus der Zivilbevölkerung“, sagt Marion Dubois, Direktorin von Passerell, „dafür sind wir sehr dankbar.“

Auf der Pressekonferenz des



Sie hätten es kommen sehen müssen

Marion Dubois
Direktorin von Passerell

Flüchtlingsrats am vergangenen Dienstag hat Dubois deutliche Worte gefunden. Sie nannte die Situation, in die sich die Luxemburger Politik manövriert hat, „skandalös“, setzte sich zusammen mit den anderen Organisationen des Rates für eine sofortige Abschaffung des Aufnahmestopps ein. An diesem Donnerstag ist sie enttäuscht über die Antwort Asselborns auf die Forderungen des Flüchtlingsrats. „Sie hätten es kommen sehen müssen“, sagt Dubois. Die Auslastung der Unterkünfte, der Zustrom an Menschen, das alles sei bekannt gewesen. Selbstverständlich sehe sie, dass die Strukturen voll seien, dass es auch allgemein Wohnungsnot in Luxemburg gebe. Aber das Land habe eben eine rechtliche Verpflichtung, diese Menschen unterzubringen. Dubois vergleicht die aktuelle Lage mit der Situation zu Beginn des Krieges in der Ukraine. Damals kamen binnen weniger Tage sehr viele Menschen in Luxemburg an. Eine große

Foto: Editpress/Hervé Montaigu



Bemüht sich um eine Lösung mit den Gemeinden: Minister Asselborn

Herausforderung, aber man habe sie gemeistert. „Warum tut die Politik das nicht wieder?“

Mag sein, weil es hier jetzt um sehr grundsätzliche Dinge geht. Die Solidarität und den Zusammenhalt in Europa, zum Beispiel. In einem Interview mit dem *Wort* verteidigte sich Asselborn. Was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, sei Luxemburg „Opfer eines nicht funktionierenden Dublin-Systems“. Die Europäische Kommission schaue dabei zu, wie Länder wie Italien das Dublin-System abschaffen.

In der Bestandsaufnahme des Scheiterns stehen der Minister Asselborn und die Direktorin Dubois gar nicht so weit auseinander. Der eine beklagt das Zusammenbrechen der europäischen Solidarität. Die andere sieht in Dublin ein unfaires und nicht funktionierendes System. Nur mit der Opferrolle Luxemburgs, da möchte Dubois vehement widersprechen.

Was Asselborn in den vergangenen Wochen immer wieder betont hat: Die neu eingeführten Wartelisten gelten nur für sogenannte „Dubliner“, also Männer, die bereits in einem anderen EU-Land einen Antrag auf internationalen Schutzstatus gestellt haben. Das sei richtig, sagt Dubois. Aber um das richtig einordnen zu können, müsse man zuerst verstehen, wie das Dublin-Verfahren abläuft. Dubois' Kurzversion: „Es gibt im Wesentlichen drei Punkte, um zu entscheiden, welcher EU-Staat das verantwortliche Land für das Asylgesuch ist. – Der erste: Gibt es irgendwo Familienmitglieder, einen Ehepartner, minderjährige Kinder? Dann ist es dieses Land. – Zweiter Punkt: Hat ein Land der Person schon einmal ein Visum oder eine Aufenthaltserlaubnis ausgestellt? Dann ist es dieses Land. – Und der dritte Punkt: das Kriterium des ersten Ankunftslandes.“ Das Land, in dem die illegale Einreise nach Europa festgestellt wird. Das Land, in dem man seine Fingerabdrücke abgibt. Im Fall von Mohammed und so vielen anderen Flüchtlingen ist das: Italien. Regiert von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihren postfaschistischen Fratelli d'Italia.

Gemeinden in die Verantwortung ziehen

„Was jetzt gerade passiert“, sagt Dubois, „ist, dass Italien nicht mehr im Dublin-Verfahren kooperiert.“ Auch Asselborn lässt sich im *Wort*-Gespräch über das EU-Land aus: „Es sind im Sommer viele Menschen aus Tunesien in Italien angekommen. Was hat Italien gemacht? Sie haben Asylanträge durchgewunken, die Menschen in Busse gesetzt, sie dann bis in den Norden des Landes gefahren. Von da aus sind sie mit dem Zug nach Luxemburg gekommen.“

Asselborn habe recht, sagt Dubois, es sollte mehr Solidarität geben in der EU. Aber auch wenn das System funktioniere, so die Passerell-Direktorin, sei es unfair. Luxemburg sei sehr glücklich gewesen mit Dublin, solange es lief. Als europäisches Binnenland ist man selten der erste Eintrittspunkt in die EU. Und damit selten zuständig für das Asylgesuch. Richtig ist jedoch auch: Auch wenn Asylsuchende in Luxemburg, die unter die Dublin-Regeln fallen, in das Land zurückgeschickt werden sollen, in dem sie zum ersten Mal die EU betreten haben (meist Italien, das nicht mehr kooperiert und deshalb auch keine Leute zurücknimmt), gelten für sie dieselben Rechte wie für alle anderen Asyl-



Das provisorische Zeltlager unter dem Pont Adolphe, kaum geschützt vor der Witterung

suchenden. Eines davon ist das Recht auf eine Unterkunft.

Für Dubois sieht die schnellste und leichteste Lösung für das akute Aufnahmeproblem so aus: „Es gibt Orte, wo man Menschen unterbringen könnte, aber die sind in Privatbesitz. Man müsste die Leute zwingen, sie zu öffnen.“ Staat und Gemeinden in Luxemburg sollten aufhören, die Verantwortung hin- und herschieben. Bislang macht Minister Asselborn den Gemeinden nur Vorschläge. Von Zwang noch keine Spur. Am Donnerstag wiederholte er seinen Solidaritätsaufruf an die Gemeinden: Wenn diese dem Staat 10 Ar Land zur Verfügung stellen, baut der Staat eine Struktur für 35 Flüchtlinge, ohne dass es die Gemeinden etwas kostet.

Und wie können langfristige Lösungen dieses Problems aussehen? Dubois und der Flüchtlingsrat haben sich mit meiner Gesprächsanfrage an die Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen von CSV und DP gewandt. Was würde sie Frieden und Co. sagen wollen? „Arbeitet an der Integration. In den Unterkünften leben zum Teil anerkannte Flüchtlinge. Dabei sind diese Orte eigentlich nur für Asylsuchende gedacht.“ Der Wohnungsmarkt in Luxemburg aber sei so blockiert, dass die Anerkannnten nicht ausziehen könnten, so Dubois. Außerdem gelte deren Status nur in Luxemburg, sie dürfen die Grenzen des Landes nicht überschreiten, um dort günstigeren Wohnraum zu finden – wie so viele Luxemburger es tun. Dubois fordert deshalb: Man solle sofort bei Ankunft von Asylsuchenden mit der Integrationsarbeit beginnen. „69 Prozent der Asylsuchenden in Luxemburg bekommen eine positive Antwort.“ Bei so einer Quote sei jede Woche auf der Straße eine verlorene Woche.

Der Diskurs verschärft sich

Was die Zukunft angeht, zeigt sich Dubois pessimistisch. „Der Aufnahmestopp wurde von einem sozialistischen Minister getroffen. Die Wahlen aber hat eine konservativ-liberale Koalition gewonnen, mit anderen Ideen in der Migrationspolitik.“ Ihre Hoffnung setzt Dubois in die Justiz. „Wir



Mohammed aus Guinea lebt seit Montag unter dem Pont Adolphe

haben auf individueller Ebene Beschwerde gegen die aktuelle Maßnahme eingereicht. Wenn die Antworten hier im Land nicht zufriedenstellend ausfallen, haben wir immer noch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.“

Europa als Hoffnung, aber auch als Schreckensszenario. Dubois ist besorgt darüber, dass sich Luxemburg in Zukunft an anderen europäischen Ländern orientieren könnte. Ländern, die vormals eine eher liberale Migrationspolitik betrieben haben, nun aber einen härteren Ton anschlagen. In Deutschland sorgte vor wenigen Wochen ein *Spiegel*-Interview mit SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz für Diskussionen, in dem er feststellte: „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben.“ CDU-Politiker Jens Spahn sprach kürzlich davon, dass „irreguläre Migrationsbewegungen“ gegebenenfalls mit „physischer Gewalt“ aufgehalten werden müssen.

Der politische Diskurs um Migration verschärft sich gerade in Europa. Auch in Luxemburg. Dubois vermutet, dass man damit Menschen abschrecken möchte. Abschrecken von der Flucht. Der Wind ist rauer und kälter geworden in Europa in diesen Tagen. Auch unter dem Pont Adolphe. Warum er denn ausgerechnet nach Luxemburg kommen wollte, fragt man Mohammed. „Luxemburg ist das Land meiner Träume“, antwortet

er. Dumme Frage, was soll dieser junge Mann darauf auch antworten? Jetzt, in diesem Moment, im kalten Nieselregen, ein Mensch zwischen zwei Brückenpfeilern, zwischen EU-Staaten, die um ihre

Solidarität miteinander ringen, mit Menschen wie Mohammed – oder eben nicht. „Wir brauchen eine Unterkunft“, sagt der junge Mann dann noch. „Es ist nicht einfach hier draußen.“



Staat und Gemeinden sollten damit aufhören, die Verantwortung hin und her zu schieben: Marion Dubois